

«Wir wurden im Regen stehengelassen»

Wegen Überlastung behandelt die Praxis von Medbase in Schaffhausen offenbar nur noch Personen, die im Hausarztmodell versichert sind. Der Fall eines erzürnten Patienten wirft ein Schlaglicht auf die angespannte Versorgungslage in Stadt und Kanton.

Vanessa Buff

SCHAFFHAUSEN. Ralph Oster ist noch immer wütend. «Es ist unerhört, was man sich hier herausnimmt», sagt er im Gespräch mit dem SN. Und: «Wir alle machen Fehler, aber dann muss man halt dafür geradestehen und sich nicht herauswinden.» Der Grund für Osters Zorn ist die Praxis Medbase beim Bahnhof Schaffhausen, wo er und seine Frau mehrere Jahre Patient und Patientin waren. Bis zum 19. Mai 2026, als seine Frau wegen eines Hautausschlags um einen Termin bei ihrer Ärztin bat – und abgelehnt wurde. «Am Telefon wurde ihr gesagt, dass Medbase nur noch Leute behandeln könne, die im Hausarzt-Modell versichert sind. Alle anderen müssten sich nach Alternativen umschauen.»

Keine Vorabinformation

Medbase bestätigt auf Anfrage, dass die Aufnahme neuer Patientinnen und Patienten aufgrund eines Engpasses eingeschränkt wurde. Dieser sei auf den schweizweit bestehenden Fachkräftemangel in der hausärztlichen Grundversorgung zurückzuführen. «Am Standort Schaffhausen verzeichneten wir mehrere Pensionierungen und den Weggang von zwei Ärzten», so Isabel Gherbal, Leiterin Kommunikation. Patientinnen und Patienten im «Medbase-Managed-Care-Modell» – vergleichbar mit dem Hausarztmodell – würden entsprechend den vertraglichen Verpflichtungen weiter behandelt.

Aber was ist mit Personen ausserhalb dieses Modells, die schon länger bei Medbase sind? In einer E-Mail an Ralph Oster, die den SN vorliegt, heisst es, diese würden weiterhin betreut, «wobei die verfügbaren Ressourcen laufend priorisiert würden». Was das im Einzelfall genau heisst und wie viele Perso-



Die Medbase-Praxis hat zu wenig Personal – erst im Oktober soll sich die Situation wieder etwas entspannen.

Bild: Melanie Duchene

nen betroffen sind, lässt sich nicht klären. Medbase macht dazu keine Angaben, ausser dass Patientinnen und Patienten bei Terminanfrage über die Situation informiert und individuell beraten würden.

Genau daran stört sich Ralph Oster. Weder seien seine Frau und er vorab informiert worden, dass sie bei einem medizinischen Problem womöglich nicht mehr mit einer Behandlung würden rechnen können. Noch seien ihnen, als es schliesslich so weit war, Alternativen aufgezeigt worden, wohin sie sich stattdessen hätten wenden können. «Wir wurden im Regen stehengelassen. Alles, was uns mitgeteilt wurde, war, dass wir unsere Akten vor Ort abholen könnten.» Oster sagt, die Angestellte am Telefon habe

offenbar kein Wording gehabt, wie mit abgewiesenen Patientinnen und Patienten umzugehen sei. «Wäre hier besser kommuniziert worden, wäre ich heute nur halb so wütend.»

Die Praxen sind voll

Osters Erlebnis wirft ein Schlaglicht auf ein Problem, das in Schaffhausen schon länger besteht: die angespannte Versorgungslage in der Hausarztmedizin. Er habe diverse Praxen abtelefoniert. «Überall war die Antwort die gleiche: «Wir sind voll, wir können niemand Neues aufnehmen», sagt Oster.

Ähnliches beschreibt auch Frau Muster, die eigentlich anders heisst, aber anonym bleiben will. Als ihr Hausarzt pensioniert wurde und gleichzeitig ihre zwei Kinder zu alt wurden

für die Kinder- und Jugendpraxis, habe sie versucht, die beiden ebenfalls bei der Nachfolge ihres langjährigen Hausarztes unterzubringen. «Mir wurde zugesagt, dass das geht. Ich habe die Akten meiner Kinder vorbeigebracht, und alles wurde eingeplant.» Doch als sie dann einige Monate darauf einen Termin habe ausmachen wollen, sei ihr mitgeteilt worden, die Praxis sei voll, die Kinder könnten nun doch nicht behandelt werden.

Auch Frau Muster sagt, sie habe erfolglos versucht, anderswo unterzukommen. «Meine Kinder sind in der Ausbildung, bei einem wird ab dem ersten Krankheitstag ein Zeugnis verlangt.» Die Konsequenz: «Wir müssen jetzt wegen jeder Bagatelle in den Notfall, weil die Kinder keinen Hausarzt be-

kommen.» Das sei politisch offenbar so gewollt, echauffiert sich Muster.

Stadt und Kanton haben das Problem durchaus erkannt. So schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage von Gianluca Looser (Grüne) von einer «zunehmend angespannten Versorgungslage»: Demnach befinden sich von 84 praktizierenden Hausärztinnen und Hausärzten 18 bereits im Pensionsalter, 15 weitere gehen innerhalb der nächsten fünf Jahre in Pension. Noch drastischer ist die Situation in der Kinder- und Jugendmedizin: Von ohnehin nur neun Ärztinnen und Ärzten in diesem Bereich ist einer im Pensionsalter, drei weitere überschreiten diese Schwelle in den kommenden fünf Jahren.

Klare Worte findet auch der Stadtrat: Er anerkenne, «dass der Zugang zu Haus- und Kinderärzten im Umfeld der abnehmenden Anzahl Hausarztpraxen eine grosse Herausforderung darstellt», schreibt er in der Botschaft zur Gesundheitsinitiative der SP vom letzten November. Laut einem Richtwert der OECD sollte ein Hausarzt oder eine Hausärztin auf 1000 Einwohnernde zur Verfügung stehen. «In der Stadt Schaffhausen ist dieser Wert mit 0,72 bereits deutlich unterschritten.»

Allerdings teilt der Stadtrat mit den Initianten lediglich die Lagebeurteilung, die verlangten Massnahmen dagegen lehnt er ab. Die SP will, dass die Stadt Praxisgründungen fördert, beispielsweise mit Darlehen oder indem Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Der Stadtrat hält aber fest, dass die Finanzierung oder die Verfügbarkeit von geeigneten Immobilien beim Thema Hausarztmangel nicht im Vordergrund stünden, die Initiative also nicht zielführend sei. Zudem liege die Verantwortlichkeit beim Kanton, nicht bei der Gemeinde.

Keine schnellen Lösungen

Der Kanton wiederum schreibt in seiner Ende Juni publizierten Antwort auf die Kleine Anfrage, dass neue Versorgungsformen gefragt seien, eine stärkere Zusammenarbeit der verschiedenen Gesundheitsberufe sowie innovative Organisationsmodelle. Besonderen Fokus legt der Regierungsrat auf das Projekt «Gesundheitsnetz Klettgau Nord», das ab 2029 ein Gesundheitszentrum in Beringen vorsieht. Und auf die Totalrevision des kantonalen Gesundheitsgesetzes, die in diesem Frühling in der Vernehmlassung war. Fest steht damit schon jetzt: Das Thema wird die Region noch länger beschäftigen.

Aus Reasco wird Wisag: Mehr als nur eine Namensänderung

Vier Jahre nachdem Teile der Reasco AG von einem Gebäudedienstleister übernommen wurden, folgt nun die neue Bezeichnung Wisag Facility Management Neuhausen AG. Als Nächstes steht eine Zusammenführung an, und auch der Geschäftsführer erhält eine neue Aufgabe.

Kay Fehr

NEUHAUSEN. Der Neuhauser Gebäudedienstleister Reasco hat einen neuen Namen. Wie das Unternehmen in einer Mitteilung schreibt, nennt es sich per Anfang Juli Wisag Facility Management Neuhausen AG. Die Umbenennung erfolgt vier Jahre nachdem sich Wisag Schweiz die Mehrheitsbeteiligung an der Reasco AG gesichert hat. Jetzt werde diese Integration auch nach aussen sichtbar, heisst es in der Mitteilung weiter.

Unverändert blieben das bewährte Team und die regionale Verankerung – der bisherige Reasco-Geschäftsführer Thomas Burkhardt wird neu als

«Leiter Transformation» der Wisag Schweiz aufgeführt. Auf Anfrage erklärt er, dass es nun seine Aufgabe sei, die Schweizer Wisag-Gesellschaften zusammenzuführen. Das ist zum einen die ehemalige Reasco AG, zum anderen die Stampfli AG (offiziell: Stampfli AG a Member of Wisag) aus Solothurn, die 2025 übernommen wurde und schweizweit über 2500 Personen beschäftigt. Ein Schwerkern im Vergleich zum Neuhauser Unternehmen, das zurzeit 50 Angestellte zählt. «Deren Anzahl wird sich mit zunehmendem Geschäftsgang hoffentlich erhöhen», so Burkhardt. Zusammen sollen die beiden ehemaligen Firmen «die Grundlage der Wisag Schweiz» bilden.

Gleichzeitig soll diese Einbindung neue Perspektiven für Mitarbeitende und Kunden eröffnen. Das Unternehmen ist wiederum Teil der Wisag-Gruppe, welche knapp 50'000 Angestellte an mehr als 250 Standorten in Europa beschäftigt.

Eine Einheit werden

«Wir wollen sowohl als starker Anbieter von integrierten Facility-Management-Leistungen als auch als kompetenter Dienstleister für sogenannte Einzelgewerbe wie Reinigung oder technischer Betrieb auftreten», erklärt Burkhardt. Das sei nun, dank des breiten Leistungsspektrums der Mitarbeitenden, möglich. Jetzt gelte es, eine Einheit zu werden. «Es kommt mehr aus

einer Hand, wir treten mit überzeugenden Leistungen auf und wollen, auch unterstützt vom Mutterhaus, in der Schweiz kräftig wachsen.»

Er selbst werde künftig nicht mehr nur im Kanton, sondern im ganzen Land unterwegs sein, denn Wisag Schweiz hat hierzulande zwölf Niederlassungen, auch in der Romandie und im Tessin. «Natürlich werde ich auch immer wieder in der Region sein. Ich hoffe, die eine oder andere Inspiration mit nach Schaffhausen bringen zu können», sagt Burkhardt. Denn Neuhausen soll auch in Zukunft ein wichtiger Standort bleiben. «Die Verbindung zum SIG-Areal und weiteren lokalen Industriearealen ist für die Wisag

Schweiz einzigartig. Dieses Geschäftsmodell wollen wir ausbauen», so der ehemalige Reasco-Chef.

Der nächste logische Schritt

Zum neuen Geschäftsführer der Wisag Facility Management Neuhausen AG ist Felix Rubey bestimmt worden, der gleichzeitig die Verkaufsorganisation führt. Für Burkhardt ein guter Entscheid: «Felix hat ein ausgeprägtes Verständnis für die Bedürfnisse der Kunden und auch ein gutes Gespür für die Mitarbeitenden.»

Für den neuen Transformationsmanager ist die Namensänderung der nächste logische Schritt. «Zudem fällt so die Verwechslung mit der Reasco Im-

mobilen AG weg, die weiterhin als Architekturbüro, Energieberaterin und Immobilienmaklerin auf dem Markt aktiv sein wird. Dass sich die in Neuhausen auftretenden Marken bereinigen, war auch eine einvernehmliche Entscheidung der beiden Firmen.»

Reasco, das ehemalige Spin-off der SIG, hat sich seit der Übernahme durch Wisag stark in Richtung Unterhalt (Facility Management) und Sicherheit (Safety-Dienstleistungen) von Immobilien entwickelt. Die Bereiche Architektur und Vermarktung blieben bereits 2022 ausserhalb der Transaktion; die Bewirtschaftung von Wohnliegenschaften wurde zudem per Ende 2025 eingestellt.